

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk



Neukirch und Umgebung

Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Veröffentlichung: Täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Druckort: Bischofswerda. Druck: Druckerei des Sächsischen Erzählers. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Ausland: 1,00 Pf. pro Quartal. Drucknummer: 10.000.

Veröffentlichung: Täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Druckort: Bischofswerda. Druck: Druckerei des Sächsischen Erzählers. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Ausland: 1,00 Pf. pro Quartal. Drucknummer: 10.000.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Bischofswerda und Neukirch (Causis) befähigteste bestimmte Blatt und enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda und anderer Behörden.

Nr. 37 Dienstag, den 13. Februar 1940 95. Jahrgang

Deutsch-russisches Wirtschaftsabkommen abgeschlossen Gleichgewicht? — Uebergewicht!

Stärkste Steigerung des deutsch-russischen Warenumsatzes — Rückkehr zur gegenseitigen natürlichen Wirtschaftsverbundenheit

Moskau, 12. Februar. Nach erfolgreich beendeten Verhandlungen ist in Moskau am 11. Februar das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossen worden. Dieses Abkommen entspricht dem Wunsch der Regierungen der beiden Staaten, ein Wirtschaftsabkommen über den Warenumsatz zwischen Deutschland und der Sowjetunion anzuknüpfen, so wie dies in dem Briefwechsel zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen, v. Ribbentrop, und dem Präsidenten des Rates der Volkskommissare und Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, B. M. Malotow, zum Ausdruck gebracht worden ist.

Das Wirtschaftsabkommen sieht die Ausfuhr von Rohstoffen aus der Sowjetunion nach Deutschland vor, die durch deutsche industrielle Lieferungen kompensiert werden.

Der Warenumsatz zwischen Deutschland und der Sowjetunion wird bereits im ersten Jahr der Geltung des Abkommens einen Umfang erreichen, der die seit dem Weltkrieg jemals erreichten Höchstniveaus übersteigt. Es ist beabsichtigt, den Umfang der gegenseitigen Warenlieferungen in Zukunft noch weiter zu steigern.

Das Abkommen ist auf deutscher Seite von dem Sonderbeauftragten der deutschen Reichsregierung, Volksharter Ritter, von dem Leiter der deutschen Wirtschaftsdelegation, Grafen von Helldorf, auf sowjetischer Seite von dem Volkskommissar für den auswärtigen Handel der UdSSR, Malotow, und dem Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland, Sabarin, unterzeichnet worden.

Nachdem bereits im August 1939 ein neues deutsches Handelsabkommen mit Russland abgeschlossen wurde, das gegenüber der Entwicklung der letzten Jahre wesentlich erweiterte Möglichkeiten des Handelsverkehrs bot, erfolgte anlässlich des zweiten Besuchs des Reichsaussenministers von Ribbentrop in Moskau am 2. September der bekannte Briefwechsel zwischen dem deutschen Reichsaussenminister und dem russischen Regierungschef Malotow, worin der beiderseitige Wille bekundet wurde, mit allen Mitteln den Warenumsatz und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR zu entwickeln. Die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlichen Verhandlungen wurden dann schnellstens aufgenommen und teilweise in Berlin und teilweise in Moskau geführt, wo sie jetzt auch mit der Unterzeichnung eines neuen Wirtschaftsabkommens ihren erfolgreichen Abschluss gefunden haben.

Das jetzt abgeschlossene gemeinsame Wirtschaftsprogramm wird den deutsch-russischen Warenumsatz nicht nur wieder zu dem in der Vergangenheit erreichten Höchstniveau entwickeln, sondern darüber hinaus noch steigern.

Es ist bekannt, daß Deutschland schon 1913 ein Drittel der russischen Gesamtausfuhr abnahm und etwa die Hälfte der russischen Einfuhr lieferte. Als Russland nach dem Krieg die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Auslande wieder aufnahm, wurde Deutschland sofort erneut ein bedeutendster Handelspartner, der 1921/22 wieder mehr als ein Drittel der russischen Einfuhr stellte und diesen Anteil in den Jahren 1931/32 sogar auf über 40 v. H. steigerte. In der gleichen Weise hatte sich auch der deutsche Anteil an der russischen Ausfuhr entwickelt. Diese Tatsachen sind ein klarer Beweis für die natürliche Wirtschaftsverbundenheit der deutschen und der russischen Volkswirtschaft. Während Russland über unerschöpfliche Rohstoffvorkommen verfügt, deren Ausbeute in den letzten Jahren bereits gewaltig gesteigert wurde und unter dem laufenden Fünfjahresplan sich noch von Jahr zu Jahr erhöht, besitzt Deutschland eine industrielle Leistungsfähigkeit so großen Umfanges, daß es trotz des Krieges und der militärischen Anforderungen in der Lage ist, den großen Bedarf Russlands in industriellen Fertigwaren aller Art voll zu decken.

Der bei den jetzt abgeschlossenen Verhandlungen vereinbarte Warenumsatz stellt daher einen Austausch russischer Rohstoffe gegen deutsche Industrieprodukte in erstem Umfange dar. Deutschland und Russland sind zu ihrer alten natürlichen Wirtschaftsverbundenheit zurückgekehrt.

„Ein gigantischer Plan“

Der Abschluß des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens in Stockholm stark beachtet

Stockholm, 13. Febr. Die Meldung über den Abschluß der deutsch-russischen Handelsverhandlungen und über die Unterzeichnung eines den Erfordernissen beider Länder entsprechenden Handelsabkommens wird von der hiesigen Presse in großer Aufmerksamkeit betrachtet. Die Wirkung der Meldung ist um so stärker, weil in den letzten Monaten die Feindpropaganda immer wieder versucht, Gerüchte über „unüberwindliche Schwierigkeiten“ in deutsch-russischen Warenverkehrs zu verbreiten. „Dagens Nyheter“ stellt fest, die beiden großen Länder, die einander lo ausgenommen ergänzen könnten, würden nun die gegenseitigen Möglichkeiten ausnützen. Das Blatt spricht von einem gigantischen Plan, der jetzt eingeleitet worden sei.

„Ein Schlag gegen die englische Blockade“

Auch Oslo würdigt die Bedeutung des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens

Oslo, 13. Februar. Das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen wird auch in hiesigen politischen Kreisen mit höchstem Interesse beachtet. Die Morgenpresse berichtet in großer Aufmerksamkeit von dem soeben vollzogenen Abschluß. „Morgenbladet“ erklärt, dem Abkommen komme bezüglich der englischen Blockade eine sehr große Bedeutung zu. „Es wird Deutschlands Einfuhr wesentlich vermehren und deshalb der englischen Blockade entgegenwirken.“ Gleichzeitig habe Russland seine Einkäufe nach dem Reich umgelegt, womit die Westmächte Russland als Kunden verloren hätten.

Gleichgewicht? — Uebergewicht!

(Von unserem Dresdener K. V.-Schriftleiter)

Unter den Grundfragen und Zielen, die Englands Außenpolitik zu verfolgen vorgibt, nimmt seit dem „heroischen“ Zeitalter der Königin Elisabeth die Aufrechterhaltung des „balance of power“, des Gleichgewichtes der Mächte auf dem europäischen Festland, den ersten Rang ein. Dieses Prinzip, das die Kampfanfrage Englands an die jeweils stärkste Kontinentalmacht in Europa in sich schließt, wurde und wird immer wieder damit zu rechtfertigen versucht, daß „das Nationen-Gleichgewicht in Europa, sonst gefehen, die Unabhängigkeit der verschiedenen Staaten bedeute, während das Uebergewicht irgendeiner Macht diese Unabhängigkeit bedrohe und zerstöre“ (John Ruffel 1859). So die Theorie. In Wirklichkeit liegt den Briten weder die Freiheit der Völker am Herzen, noch die Wahrung eines edlen Gleichgewichtes der Mächte. Ihre Absicht geht vielmehr dahin, die uneingeschränkte Hegemonie über Europa zu erringen, um ihre Handelsinteressen in dem ohnehin saturierten Weltreich auszuweiten und sich den Nutzen für ihre überreichen Aufgaben freizubehalten zu können.

Wie England sich das „Gleichgewicht“ in der Praxis vorstellt, darüber gibt schon der Historiker Camden, ein Zeitgenosse der „jungfräulichen Königin“, mit folgenden bezeichnenden Sätzen Aufschluß: „... So sah sie als heroische Fürstin und Schiedsrichterin unter den Spaniern, Franzosen und den Staaten (Holland) ... Und so war es, wie einer geschriebenen hat, daß Frankreich und Spanien foguigert die Schalen im Gleichgewicht Europas sind und England das Hingelein und der Behälter des Gleichgewichtes.“ — Diese Schiedsrichterrolle hat England durch die Jahrhunderte hindurch beizubehalten verstanden. Sie gab ihm — verbunden mit der realpolitischen Taktik, immer erst im letzten Augenblick offen Partei zu ergreifen — die Möglichkeit, jeweils in der Entscheidung auf den Plan zu treten und die stärkere Mächtegruppe zum eigenen Vorteil machtpolitisch auszuscheiden. Nur so war es denkbar, daß der Einfluß des Inselreiches auf die europäischen Geschicke ungeschwächt erhalten blieb, während jede natürliche Entwicklung, die der tatsächlichen Standfestigkeit und Vitalität der Nationen entsprochen hätte, hintertreiben wurde. Ob Freund oder Feind dabei der Leidtragende war, das ist den englischen Staatsmännern und Blutsugarten stets gleichgültig gewesen.

Zum Beweis zitiert man nur das Bekenntnis, das Lord Curzon, der frühere Vizekönig von Indien, in dem unter dem Pseudonym M. L. Carhill erschienenen Buche „The lost Dominion“ („Die verlorene Herrschaft“) niedergelegt hat: „Es ist eine allgegenwärtige Politik Englands, seine Freunde seinen Feinden aufzuopfern. Der leitende Gedanke dabei ist, daß unser Freund unser Freund ist und bleibt und also ohnehin auf jeden Fall zu uns stehen wird. Unser Feind aber wird so erkrant darüber sein, daß man ihm erlaubt, unseren Freund zu befeuern, daß er seinen alten Groll gegen uns vergessen und vielleicht selbst zu unserem Freund werden wird. Und diese Politik ist oft sehr erfolgreich, besonders wenn der Freund hilflos und der Feind verächtlich ist. Man könnte eine lange Liste von Fällen anführen, in denen die Lehre, daß es besser sei, Englands Feind als Englands Freund zu sein“, gründlich eingepreßt worden ist.“

Obwohl die Tradition — wie die Geschichte lehrt — in der britischen Außenpolitik bemerkenswert stark ist, hat England am Ausgang des Weltkrieges die jahrhundertalte Linie, auf der es im Namen der Völkerfreiheit und unter der scheinheiligen Parole „balance of power!“ in Wahrheit sein Uebergewicht auf dem Kontinent zu sichern suchte, verlassen. In Versailles hat es Europa an Frankreich ausgeliefert. Nicht freiwillig, sondern aus Sorge um sein Empire und angesichts der gemeinsamen Schwierigkeiten, die sich in den Kolonialreichen der Entente cordiale abzuzeichnen begannen, verdrängte England auf die Politik der freien Hand, hielt am Bündnis mit Frankreich fest und übertrug ihm die Verantwortung für die Glückseligkeit der europäischen Völker. Tatsächlich war die Schiedsrichterrolle Englands am Ende des Weltkrieges ausgeübt. Mit der zwangsläufigen Aufgabe seines bis 1914 erhobenen Anspruchs auf den Two-Powers-Standard, d. h. auf sein Uebergewicht über die vereinigten zwei größten Flotten Europas, hatte es seinen stärksten Trümpf aus der Hand gegeben. Zudem ließen es die Probleme, die sich immer deutlicher im weltweiten Commonwealth ankündigten, geraten erscheinen, auf dem europäischen Festland den Weg der geringsten Widerstände zu gehen. Dies waren die Gründe, aus denen England seinen Grundsat „balance of power!“ vorerst zugunsten seines Bundesgenossen verlegte und das nach der Hegemonie strebende Frankreich nicht in seine Schranken verwies. Wie unpopulär in jenen Jahren das „Gleichgewicht der Mächte“ war, erhellt schon daraus, daß es englische Stimmen wagen konnten, die Durchführung des Begriffen selbstverständlichen Hinweis in Frage zu stellen, daß ein echtes Gleichgewicht unter Nationen niemals durch ein einzelnes Volk hergestellt werden könne.

Indessen hat die Folgerichtigkeit bewiesen, daß das Inselreich nicht gewillt war, den Verlust seiner Vormachtstellung auf dem Kontinent für die Dauer hinzunehmen. Unter dem billigen Deckmantel einer „allgemeinen Befriedung Europas“ versuchte es abermals, sich im Namen des „balance of power“ das Uebergewicht über sämtliche anderen, keinem „friedlichen Handel“ im Wege stehenden Mächten zu verschaffen. Nur um wieder eine Politik der freien Hand treiben zu können, wehrte es sich jahrelang gegen ein Ost-Lozano. Nur um eine seinem Vorhaben günstige Kräftegruppierung herbeizuführen, beschränkte es sich auf papierenen Proteste, als Deutschland den Vertrag von Versailles zerriss und sich die Rechte eines souveränen Staates zurücknahm. Später freilich, als dank der staatsmännlichen Kunst des Führers das Großdeutsche Reich entstanden war, das in dem Dreieck Berlin-Rom-Tokio über eine Basis von weltpolitischer Bedeutung verfügte, ärgerte England seinen Außenbild, genau wie vor dem Weltkriege, die militärische und politische Entfaltung Deutschlands ins Werk zu setzen. Diese ist durch den Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen

Soldaten und Arbeiter kämpfen nebeneinander

Das Gebot des totalitären Krieges

DRB, Berlin, 12. Februar. Reichsminister Selbde führte Montag abend im Rundfunk in einer Rede über die Bedeutung und Erfolge des richtigen Arbeitseinsatzes u. a. aus:

„Eines hat sich schon herausgestellt: Deutschland ist militärisch nicht zu schlagen. Daher hoffen unsere Feinde, uns wirtschaftlich zu besiegen! Aber auch das wird sich als großer Irrtum herausstellen. Seit langem nämlich hat unsere Staatsführung die militärische und wirtschaftliche, insbesondere auch die Arbeitskraft, in ein wohlüberlegtes Verhältnis zueinander gebracht.“

Wir alle haben aus den Erfahrungen des Weltkrieges gelernt. Damals mußte man erst mühsam versuchen, eine Kriegswirtschaft aufzubauen. Heute konnte sofort nach Kriegsbeginn die volle Leistungskraft der Nation für eine erfolgsversprechende Kriegsführung eingesetzt werden.

Die Erfüllung zweier Voraussetzungen war dafür entscheidend:

Einmal der richtige Arbeitseinsatz jedes schaffenden Deutschen und zum zweiten die Erhaltung des sozialen Friedens. Ohne einen solchen wären unser Aufstieg und unsere gemaltige Produktion der letzten Jahre und die Aufrüstung unmöglich gewesen. Dieses läßt uns eine wichtige Tatsache erkennen: Arbeitskraft und Wehrcraft sind eins. Auf diese Erkenntnis fußt unsere Arbeitspolitik.

Die Reichsregierung begnügte sich nicht damit, irgendwelche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Vielmehr begann sie eine auf weite Sicht ausgerichtete Arbeitseinsatzpolitik zu betreiben. Als der Führer große nationale Aufgaben stellte, wurde eine Lenkung und Steuerung der Arbeitskraft um so notwendiger, als die Entwicklung im Arbeitseinsatz schon damals eine leistungs- und sparsamere Verwendung deutscher Arbeitskraft verlangte. Als die Aufrüstung und der Vierjahresplan anlaufen begannen, mußten daher besondere Maßnahmen ergriffen werden, um die gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Danach verlangte das Jahr 1936 neue zusätzliche Leistungen von gewaltigem Ausmaß. Der Führer gab damals den Befehl zur

Verstärkung des Heeres, der Marine und der Luftwaffe sowie zum Bau des Westwalls.

Reichsminister Selbde brachte dann seinen Stolz darüber zum Ausdruck, daß es der Arbeitseinsatzverwaltung gelungen ist, möglich zu machen, was unmöglich schien, nämlich immer wieder brachliegende oder nicht richtig eingesetzte Arbeitskräfte aufzusparen und im Interesse des Ganzen einzusetzen.

Der bisherige Kriegsverlauf hat uns allen die Uebergewand gegeben, daß ein voraussehendes, ökonomisch richtiges Haushalten mit den Arbeitskräften und ihr richtiger Einsatz gesichert sind. Dieses wurde schon gleich zu Kriegsbeginn deutlich. Im August 1939 konnten wir keine Arbeitslosigkeit mehr. Der Uebergang von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft hat im September 1939 zur Umschichtung von vielen tausenden Arbeitskräften geführt, trotzdem war er nicht mit nennenswerten Betriebsstörungen und großer Arbeitslosigkeit verbunden. Die freigewordenen Arbeitskräfte konnten in kürzester Frist in andere Arbeit vermittelte werden. Das gleiche gilt für die folgenden Kriegsmomente. Im ganzen Reich zählten wir im Dezember 1939 nur 128 000 Arbeitslose, davon waren lediglich 16 000 voll einsparfähig. Es kann keine Zweifel darüber geben, daß uns auch die nächsten Kriegsmomente keine größere Arbeitslosigkeit bringen.

Der deutsche Arbeiter und Angestellte können sich darauf verlassen, daß die Reichsregierung auch künftighin keine Arbeitskraft brachliegen läßt, sondern auf den Platz stellt, auf dem der Einsatz den größten Nutzen für Volk und Staat bringt. Ohne persönliche Opfer wird es allerdings dabei nicht abgehen: Soldaten und Arbeiter kämpfen nebeneinander! Beide stehen unter dem Gebot des totalen Krieges! Nur die Nation, die dieses Gebot am besten erfüllt, wird siegen. Aber ebenso wie der Staat vorbildlich seine Soldaten und ihre Angehörigen betreut, ebenso wird er auch dafür sorgen, daß dem schaffenden Menschen die sozialpolitischen Erzeugnisse, soweit nur irgend möglich, erhalten bleiben.